

Vienna, 15 April 2016

**Eröffnungsrede von Botschafter Eberhard Pohl
Ständiger Vertreter Deutschlands bei der OSZE
Chairperson of the Permanent Council**

**OSCE Supplementary Human Dimension Meeting (SHDM)
on
“Policies and Strategies to Further Promote Tolerance and Non-
Discrimination”**

Donnerstag, 14. April 2016, 15-16 Uhr im Neuen Saal

Direktor Link,
Herr Younge,
Exzellenzen,
Meine Damen und Herren,

Diskriminierung und Intoleranz bedrohen die Sicherheit von Einzelnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, und sie können größere Konflikte und Gewaltausbrüche befördern.

Gerade in Zusammenhang mit dem Phänomen der Migration stehen wir vor Herausforderungen, die zeigen, wie relevant, aber auch komplex das Thema Toleranz und Nicht-Diskriminierung ist. Einerseits wird von den Zugewanderten erwartet, dass diese sich in ihrer neuen Heimat integrieren. Andererseits verändern sich auch unsere Gesellschaften, sie werden vielfältiger oder weniger homogen. Leider zeigen die Ergebnisse des jährlichen ODIHR Berichts zu Hassverbrechen, dass wir den Ursachen und Folgen von Intoleranz und Diskriminierung weiter sehr wachsam begegnen müssen, gerade angesichts des sich vollziehenden gesellschaftlichen Wandels im Zuge der Migrations- und Flüchtlingskrise.

Wie ODIHR feststellt, nehmen Hassrede, Vorurteile und negative Stereotype allzu großen Raum im politischen Diskurs ein, u.a. in Bezug auf Migranten und Flüchtlinge, Muslime, Juden, Christen, Roma und Sinti und Angehörige sexueller Minderheiten; Angehörige solcher Gruppen werden mitunter sogar als „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ bezeichnet. Offenbar ist die Versuchung allzu groß, aus dem Bedienen von Vorurteilen politisch Kapital zu schlagen.

Andererseits hat z.B. die beherzte Reaktion in Rumänien jüngst auf Vorfälle von Hassrede gegen Sinti und Roma gezeigt, wie wichtig eine unverzügliche und öffentlichkeitswirksame

Verurteilung durch Regierungsvertreter und Zivilgesellschaft für die betroffenen Menschen und den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft ist.

Die Untersuchung und Strafverfolgung von Hassverbrechen und die Notwendigkeit, organisierten Gruppen, die Hass oder Gewalt säen, entgegenzuwirken, stellen große Herausforderungen dar. In Deutschland findet gerade der Prozess gegen ein Mitglied des sogenannten "Nationalsozialistischen Untergrunds" statt, einer extremistischen Gruppe, die beschuldigt wird, Personen aus Hass und Fremdenfeindlichkeit getötet zu haben. Es ist eine bittere Erkenntnis, dass die Ermittlungsbehörden zu lange Zeit alle Hinweise übersahen, die auf ein fremdenfeindliches Motiv für die Morde hindeuteten. Stattdessen vermuteten die Behörden die Täter im Umfeld der Opfer, die mehrheitlich ausländischer Herkunft waren.

Meine Damen und Herren,

Bei der Suche nach Modellen für ein friedliches Zusammenleben in vielfältigen Gesellschaften müssen wir uns auch immer die Frage nach den Grenzen von Toleranz stellen. Demokratie und der Schutz der universellen Menschenrechte und Grundfreiheiten sind essentielle Grundpfeiler für Toleranz und Nicht-Diskriminierung. Toleranz und Menschenrechte bedingen sich auch gegenseitig. So sind staatliche Institutionen einerseits verpflichtet, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu sichern. Andererseits haben Vertreter von Staat und Justiz auch die Pflicht, Hassrede zu verurteilen und strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten, wenn eine Gefahr für Leib und Leben von Menschen besteht, die verbal angefeindet werden. Auch die eigene Geschichte spielt eine Rolle: Während in Deutschland zum Beispiel die Leugnung des Holocaust ein Straftatbestand ist, fällt dies in anderen Staaten unter das Recht der Meinungsfreiheit. Und schließlich kann es keine Toleranz geben für Traditionen, die andere diskriminieren oder geringschätzen. Dies betrifft unter anderem, aber nicht nur die Rechte von Frauen und Mädchen. Im Namen einer falsch verstandenen Toleranz sind die Rechte von Frauen und Mädchen eben nicht verhandelbar!

Meine Damen und Herren,

wir stehen vor großen Herausforderungen und es gibt keine einfachen Antworten. Aber Diskriminierung und Intoleranz bedrohen unsere gemeinsame Sicherheit. Daher hat der deutsche OSZE-Vorsitz die Förderung von Toleranz und Nicht-Diskriminierung zu einem seiner Schwerpunktthemen in der menschlichen Dimension gemacht.

In der Tradition früherer Vorsitze haben wir drei Persönliche Beauftragte für den Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung ernannt, und ich freue mich, dass sie an dieser wichtigen Veranstaltung heute und morgen teilnehmen können:

- Rabbi Andrew Baker, Persönlicher Beauftragter des amtierenden OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung von Anti-Semitismus
- Prof. Bülent Senay, Persönlicher Beauftragter des amtierenden OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime
- Prof. Vladislav Grib, Persönlicher Beauftragter des amtierenden OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung von Rassismus, Xenophobie und Diskriminierung, auch mit Fokus auf die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen und Angehörige anderer Religionen

Im Rahmen unserer Vorsitzaktivitäten zur Förderung von Toleranz und Nicht-Diskriminierung wollen wir einen positiven Ansatz verfolgen, der auf die Identifizierung von „best practices“ und den Erfahrungsaustausch setzt. Denn es ist klar, dass wir nur gemeinsam Lösungen für die komplexen und facettenreichen Herausforderungen finden und

den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften nachhaltig stärken können. Daher sollten wir eng zusammenarbeiten, um voneinander zu lernen und aus den gegenseitigen Erfahrungen Nutzen zu ziehen.

Und dies ist auch das Ziel des heute und morgen stattfindenden Treffens. Teilnehmer dieses SHDMs sollten die Gelegenheit nutzen um „best-practices“ zu identifizieren und auszutauschen, welche demonstrieren, wie Regierungen, intergouvernementale Organisationen, Zivilgesellschaft und Bildungsexperten den vielfältigen Ausprägungen von Intoleranz und Diskriminierung vorbeugen und begegnen und wie sie Wertschätzung für Vielfalt schaffen. Wir sind dankbar, dass eine Bandbreite von Sprechern aus Internationalen Organisationen über Bildungs- und Justizministerien bis hin aus der Zivilgesellschaft unserer Einladung gefolgt ist.

Deutschland möchte mit eigenen positiven Beispielen zu dieser Debatte beitragen. Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise unterstützt, im Rahmen von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ Handlungskonzepte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zu entwickeln und umzusetzen. Deutschland hat 2008 einen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz vorgelegt. Gemäß Koalitionsvertrag und in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft wird der Aktionsplan derzeit um das Thema Homo- und Transphobie erweitert und auf dieser Grundlage neu aufgelegt. Das Engagement für Toleranz und Nicht-Diskriminierung, gerade im Hinblick auf die Stärkung von Integration, spielt auch eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit mit unseren wichtigsten Partnern. So hat der Deutsch-Französische Ministerrat vor wenigen Tagen konkrete Initiativen für mehr Vielfalt und verbesserte Integration präsentiert, zum Beispiel durch Einführung eines „Diversity-Labels“ nach französischem Vorbild für Verwaltungsbehörden und Gebietskörperschaften sowie Einführung eines „Diversity-Tags“ in Unternehmen.

Zivilgesellschaft und Jugend sind Schlüsselakteure bei der Förderung von gegenseitigem Respekt und Verständnis zwischen Kulturen und Religionen. Damit tragen sie auch wesentlich zur Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten bei. Ich freue mich an dieser Stelle die Sonderbeauftragte des Deutschen Vorsitzes für Jugend und Sicherheit Milena Stosic begrüßen zu dürfen. Die Rolle der Jugend und Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung von Diskriminierung war das Thema unseres Vorsitz Side Event, welches heute am Mittag stattfand und von Frau Stosic moderiert wurde.

Das eindrucksvolle Beispiel des „Coalition against Hate“ Projekts der OSZE Feldmission in Bosnien-Herzegovina, welches sich im Rahmen des Side Event präsentierte, zeigt, welche wichtige Rolle die Zivilgesellschaft bei der Dokumentation und öffentlichen Ahndung von Hassverbrechen einnimmt. Ich freue mich an dieser Stelle besonders, die Mitglieder der deutschen NRO RAA Sachsen zu begrüßen, die ein weiteres gutes Beispiel für die unersetzliche Arbeit der Zivilgesellschaft bei der Beratung von Opfern von Hassverbrechen und der Bekämpfung von Hasskriminalität insgesamt ist.

Schließlich bedanke ich mich ganz herzlich bei Direktor Link und dem Team der ODIHR-Abteilung für Toleranz und Nicht-Diskriminierung für ihre wertvolle Unterstützung bei der Organisation dieser Veranstaltung. Mein Dank gilt ihnen zudem für ihre unverzichtbare Unterstützung für die OSZE Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung der Verpflichtungen in Form von Programmen und Aktivitäten zur Förderung von Toleranz und Nicht-

Diskriminierung und der Sammlung und Dokumentation von Daten zu hassmotivierten Vorfällen und Verbrechen.

Bevor ich dem Keynote Sprecher Herrn Gary Younge das Wort übergebe, möchte ich Sie alle herzlich zum Empfang des Deutschen Vorsitzes nach Ende der ersten Arbeitssitzung heute um 18.00 in den Vorsaal einladen.

Ich wünsche uns allen eine erfolgreiche Veranstaltung mit fruchtbaren Diskussionen.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.